



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



AUS DEM INHALT
Ausgabe April 2007

- **Halbzeit in der deutschen Ratspräsidentschaft**
- **Luftverkehrsabkommen EU-USA**
- **LIFE+**
- **Roaming**
- **Europäischer Weinmarkt**
- **Mobiltelefone für Kinder**
- **EU kämpft gegen AIDS**

Liebe Leserinnen und Leser,

nach der Osterpause ist das politische Geschäft auch in Brüssel und Straßburg wieder in Gang gekommen. In den Ausschüssen gehen die Arbeiten weiter, für meinen Ausschuss kann ich Ihnen berichten, dass uns die problematischen Themen (leider) nicht ausgehen werden: wie geht es weiter mit der Haltung der Weltgemeinschaft zum iranischen Nuklearprogramm? Schaffen wir es nicht nur als EU, sondern international eine einheitliche Haltung zu bewahren? Wird es eine baldige Klärung des Status des Kosovo geben, wo die Mehrheit ungeduldig auf die faktische Unabhängigkeit wartet, während Serbien dies zu hintertreiben versucht? Was geschieht derzeit in der Ukraine? Wird die EU es schaffen, in dem Streit zwischen Präsident und Ministerpräsident sich nicht neutral zu verhalten, sondern sich eindeutig auf die Seite der Reformbewegung und Präsident Juschtschenko zu stellen und gegen den Ministerpräsidenten und bekannten Wahlfälscher Janukowitsch, der das Land wirtschaftlich und politisch wieder in die Einflussphäre Russlands zurückführen will?

Auch wenn diese drei Themen nicht jeden Tag ganz vorne auf den Titelseiten stehen, haben alle drei das Potenzial, schwerwiegende Auswirkungen auf Europa zu haben. Auch deswegen diskutieren wir öffentlich in den Ausschüssen und im Plenum des Parlaments darüber. Ich freue mich auf Ihren nächsten Besuch in Brüssel oder Straßburg oder auf ein Zusammentreffen bei uns in Süd- und Westhessen.

Ihr

Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel

Halbzeit in der deutschen Ratspräsidentschaft

Mit dem Klimagipfel vom 8./9. März und der Berliner Erklärung anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Unterzeichnung der Römischen Verträge vom 25. März hat die deutsche Ratspräsidentschaft ihre erste Halbzeit eindrucksvoll beendet. Grundgenug also, zur Halbzeit Zwischenbilanz zu ziehen: Auf dem Gipfel Anfang März einigten sich die Staats- und Regierungschefs unter Vorsitz von Bundeskanzlerin Merkel auf ein umfassendes Programm zum Klimaschutz. Kernpunkt ist die verbindliche Reduzierung der CO₂-Emissionen um 20 Prozent bis zum Jahr 2020. Gleichzeitig einigte man sich auf eine Steigerung erneuerbarer Energien um 20 Prozent, sowie eine Erhöhung des Anteils von Biokraftstoffen auf 10 Prozent.

Dies sind ehrgeizige Ziele, aber sie sind machbar. Besonders zu begrüßen ist bei dem Beschluss, dass nationale Gegebenheiten bei den Zielvorgaben der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden. Alle Mitgliedsstaaten werden die Zielvorgaben also gemeinsam schultern und kein Land kann sich hinter den bereits geleisteten Fortschritten einzelner Länder verstecken.

Dies ist vor allem für Deutschland als einem der Vorreiter in erneuerbaren Energien ein mehr als positives Ergebnis. Mit den beschlossenen Klimazielen nimmt Europa weltweit die Vorreiterrolle im Klimaschutz ein - das Ergebnis ist auch ein Erfolg für die deutsche Ratspräsidentschaft.

Neben dem Klimaschutz hat sich die deutsche Ratspräsidentschaft vor allem eine Wiederbelebung des unterbrochenen Verfassungsprozesses zum Ziel gesetzt. Vor diesem Hintergrund war die Unterzeichnung der Berliner Erklärung am 25. März ein zentrales Ereignis.

In dem Text drücken die drei europäischen Institutionen Rat Kommission und Parlament, vertreten durch ihre Präsidenten, den Wunsch aus, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine „erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen.“ Bis zuletzt wurde vor allem mit verfassungskritischen Regierungen in Tschechien und Polen um diese Formulierung gerungen.

Die Berliner Erklärung bietet eine Chance, das europä-

ische Vertragswerk aus der Sackgasse zu führen. Zwar sind keine genauen Angaben über Art und Weise der zukünftigen vertraglichen Ausgestaltung gemacht worden, dass politische Signal, dass von der Berliner Erklärung ausgeht, ist jedoch eindeutig: Die EU wird die Herausforderungen, die aus dem Nein der Franzosen und Niederländer zum Verfassungsvertrag entstanden sind, annehmen.

Zur Halbzeit kann also festgehalten werden: Die deutsche Ratspräsidentschaft hat Handlungsstärke gezeigt und wichtige Schritte in Richtung notwendiger Reformen unternommen.

Für den Gipfel im Juni ist das nächste ehrgeizige Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft, Zustimmung für den vorgesehenen Fahrplan bis zu den Europawahlen im Juni 2009 zu erhalten, der die konkreten Schritte zur Annahme einer neuen vertraglichen Ausgestaltung der EU aufzeigen wird. Letztlich muss bis Ende des Jahres ein neuer Text vorliegen, damit die Ratifizierung in den darauf folgenden eineinhalb Jahren bis zur Europawahl erfolgen kann.

Offener Himmel über dem Atlantik

Neues Luftverkehrsabkommen zwischen EU und USA bringt Vorteile für Airlines und Passagiere



Mit Entschließung vom 14. März hat das Europäische Parlament den Weg für ein neues Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und den USA frei gemacht. Mit diesem Abkommen entsteht ein transatlantischer Luftverkehrsmarkt zum Vorteil der Passagiere und

der europäischen Fluggesellschaften. Mit dem neuen Abkommen können die Europäischen Fluggesellschaften ohne nationale Beschränkungen den amerikanischen Markt aus allen Teilen der Europäischen Union anfliegen. Die bisherigen

Beschränkungen am Londoner Flughafen Heathrow werden aufgehoben.

Der Europäischen Kommission ist es auch gelungen, trotz großen Widerstands im amerikanischen Kongress, den Marktzugang für Europäische Fluglinien

in den USA durch neue Regelungen zu den Eigentums- und Kontrollrechten erstmals zu öffnen. Die EU-Verkehrsminister haben das Abkommen auf ihrem Treffen am 22./23. März gebilligt, es soll nun auf dem EU-US Gipfel am 30. April von der Ratspräsidentin, Bundeskanzlerin Merkel unterzeichnet werden.

Der dann eingerichtete „offene Himmel“ über dem Atlantik wird sicherlich zu noch attraktiveren Angeboten für die Fluggäste führen.

Weitere Informationen sind auf der Seite der deutschen Ratspräsidentschaft unter www.eu2007.de erhältlich.

Einigung über Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE+)

Der deutschen Ratspräsidentschaft ist es gelungen im Vermittlungsausschuss von Europäischem Parlament und Rat eine Einigung über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE+) herbeizuführen. LIFE+ wird zukünftig mit einem Gesamtbudget von 1,894 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2007-2013

ausgestattet sein. Der Kompromiss kommt damit dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission sehr nahe.

Rund 78% des Budgets stehen den Mitgliedstaaten für Projektförderungen selbst zur Verfügung. Die verbleibenden 22% wird die Kommission für die Förderung

von Querschnittsaufgaben, wie Folgenabschätzungen und Kommunikationsmaßnahmen, verwenden. Mit LIFE+ werden die bisherigen Programme „Forest Focus“ und URBAN zusammengeführt. Weitere Informationen sind erhältlich unter: <http://ec.europa.eu/environment/life/news/futureoflife.htm>



Roaming

Europäisches Parlament stimmt mit großer Mehrheit für niedrigere Gebühren

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments stimmte am 12. April mit großer Mehrheit für den Vorschlag zur gesetzlichen Verpflichtung von Mobilfunkbetreibern für niedrigere Handytarife im EU-Ausland. Die Abgeordneten fordern die Einführung eines einheitlichen Eurotarifs, der die Obergrenze von Minutenpreisen gesetzlich festlegt und in der gesamten Europäischen Union gelten soll. Demnach sollen für abgehende Gespräche höchstens nur noch 40 Cent pro Minute an Kosten anfallen dürfen während die Obergrenze von angenommenen Gesprächen

maximal 15 Cent pro Minute betragen soll.

Die Abgeordneten fordern des Weiteren, dass der Eurotarif auch rückwirkend für alte Kunden gelten soll. Mobilfunkbetreiber müssten diesen Eurotarif nur dann nicht berechnen, wenn der Kunde sich ausdrücklich für ein anderes Tarifpaket entscheidet. Der Ausschuss kam auch zu dem Entschluss, dass die Großhandelspreise zwischen den Netzbetreibern höchstens 23 Cent pro Minute betragen sollen.

Verbraucher müssen sich dennoch ein paar Monate gedulden bis billigere Auslandstarife auch in die Tat umgesetzt

werden, da das Parlament noch einen Kompromiss mit den 27 Mitgliedstaaten und der Kommission erlangen muss. Regierungsvertreter haben bereits eine Obergrenze von 50 Cent pro Minute bei abgehenden Gesprächen und 25 Cent für angenommene Gesprächen angedeutet.

Die CDU-CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hatte sich energisch dafür eingesetzt, die Senkung von Telefongebühren zu verwirklichen und wird auch weiterhin bei der Schaffung eines Binnenmarktes mit niedrigeren Roaming-Gebühren auch im Mobilfunksektor auf der Seite der Verbraucher stehen.

Parlament stärkt europäischen Weinanbau

Initiativbericht zur Reform der EU-Weinmarktreform

Das Europäische Parlament hat Mitte Februar einen Initiativbericht zur Reform der EU-Weinmarktordnung verabschiedet und damit auf die Diskussionsvorschläge der Kommission vom vergangenen Herbst reagiert. Das Parlament vertritt darin die Auffassung, dass oberstes Ziel der Reform die Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Weins sein muss. Wein aus Europa muss sich vermehrt gegen die außer-europäische Konkurrenz auf dem Markt behaupten.

Den Parlamentariern ist es nun gelungen einen Vorschlag vorzulegen, der auch die verschiedenen Weinbautraditionen in den ein-

zelnen Mitgliedsstaaten respektiert.

So wurde beispielsweise die Anreicherung mit Saccharose als traditionelles önologisches Weinbereitungsverfahren mit großer Mehrheit angenommen. Ein Verbot der Verwendung von Zucker hätte insbesondere solche Staaten diskriminiert, in denen der Weinanbau aufgrund klimatischer Bedingungen schwieriger ist und damit auch die deutschen Winzer benachteiligt. Es wurde weiterhin vereinbart, die Subventionen für Destillation zwar schrittweise abzusenken, jedoch prinzipiell zu erhalten. Damit bleibt die Unterstützung der europäischen Weinproduzenten

nach Willen des Parlaments auch zukünftig erhalten. Stark abgeschwächt werden konnten auch die geplanten Zwangsrodungen von Weinanbauflächen um der Überproduktion entgegenzutreten.

Das Europäische Parlament hat Antworten auf die Vorschläge der Kommission gefunden und eine gute Grundlage vorgelegt, die zwischen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Weines sowie dem Erhalt unserer Traditionen eine vertretbare Balance erreicht. Voraussichtlich Ende Juni 2007 wird die Kommission nun ihre konkreten Rechtsetzungsvorschläge vorstellen.

Wirtschaftswachstum in der Euro-Zone

Nach Einschätzung der Europäischen Kommission und drei unabhängigen Forschungsinstituten kann von einem weiteren Wirtschaftswachstum in der Euro-Zone für das Jahr 2007 ausgegangen werden. Danach ist ein Wachstum von 0,4 bis 0,8% möglich.

Dies würde den positiven Trend aus dem vergangenen Jahr weiter bestätigen. Im vierten Quartal 2006 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt der Euro-Zone im Vergleich zum Vorquartal um 0,9%.



Binnenmarktausschuss billigt einheitliche Standards bei der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der EU

Der Binnenmarktausschuss hat im April einen Bericht über die EU-Regeln zum Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln verabschiedet. Ziel des entsprechenden Verordnungsvorschlags der EU-Kommission ist neben der Harmonisierung der Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln in den einzelnen Mitgliedstaaten eine Aktualisierung und Straffung der Zulassungsverfahren sowie die Festlegung klarer und einfacher Regeln zum Datenschutz für die Hersteller in der Europäischen Union.

Mit der Harmonisierung der EU-Zulassungsbestimmun-

gen für Pflanzenschutzmittel wird der administrative Aufwand erheblich verringert, ohne dabei Abstriche beim Gesundheits- und Umweltschutz in Kauf nehmen zu müssen.

So soll es in der EU zukünftig drei Zulassungszonen Nord, Mitte und Süd geben, in denen die Landwirte Pflanzenschutzmittel unter den gleichen Voraussetzungen einsetzen können. Die CDU-CSU konnte einige Verbesserungen erreichen: dazu zählt insbesondere das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung auf freiwilliger Basis zwischen den drei zukünftigen EU-

Zulassungszonen. Dadurch werden insbesondere Benachteiligungen deutscher Landwirte beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gegenüber Nachbarländern beseitigt.

Geregelt wurde zudem die Problematik so genannter „Parallelimporte“ von Pflanzenschutzmitteln, die in einem Mitgliedstaat bereits zugelassen sind, in einem anderem aber noch nicht. Dies geschah dahingehend, dass solche Importe zukünftig dann möglich sein sollen, wenn bereits eine stoffliche Übereinstimmung zwischen dem Importprodukt und einem Referenzmittel besteht.

Ohne Risiken und Nebenwirkungen

Mobiltelefone für Kinder

Nach dringender Forderung der Europäischen Kommission unterzeichneten europäische Mobilfunkbetreiber im Februar wichtige Vereinbarungen zum Schutz der Kinder vor den Risiken durch Mobiltelefone. Die Betreiber wollen illegale Inhalte

auf Handys bekämpfen, den Zugriff auf Inhalte kontrollieren, die für Erwachsene bestimmt sind, und Sensibilisierungskampagnen für Eltern und Kinder unterstützen. Die 15 mitwirkenden Betreiber sehen sich vor bis Februar 2008 Verhaltens-

regeln zur Selbstkontrolle ausarbeiten.

Die Europäische Kommission wird nach 12 Monaten die Wirksamkeit der neuen Vereinbarungen prüfen und bewerten.



EU-Telekommunikationsrecht

Verbraucher profitieren von sinkenden Preisen und innovativen Dienstleistungen

Die Europäische Kommission hat Ende März den 12. Bericht über die EU-Telekommunikationsmärkte vorgelegt. Der Bericht verdeutlicht, dass die Verbraucher dank der erzielten Fortschritte bei der Umsetzung des EU-Telekommunikationsrechts und der daraus resultierenden Wettbewerbsöffnung von sinkenden Preisen und innovativen Dienstleistungen profitieren haben. Mit einem Wachstum von 2,3% und zusätzlichen Investitionen von 5% ist der Telekommunikationsmarkt derzeit einer der stärksten europäischen Märkte. Der Bericht der Kommission verweist aber auch auf noch ausstehende Regulierungsfragen. Neben verbesserter Unabhängigkeit einiger Regulierungsbehörden solle

bei Wettbewerbsproblemen zukünftig noch zügiger und konsequenter gehandelt werden. Weitere Informationen sind erhältlich unter http://ec.europa.eu/regional_policy/index:de.htm



Wie wichtig die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) für Wachstum und Beschäftigung in der EU ist zeigt auch der von der Kommission vorgelegte Fortschrittsbericht über „i2010 - die digitalgestützte Strategie

für Wachstum und Beschäftigung“. Der Bericht zeigt, dass der IKT-Sektor in Europa weiterhin schneller wächst als die Gesamtwirtschaft. Zwischen 2000 und 2004 trugen die IKT fast 50% zum Produktivitätswachstum bei. Software- und IT-Dienste wuchsen mit 5,9% im Zeitraum von 2006-2007 am dynamischsten.

Aus dem Bericht geht auch hervor, dass die Europäer neue Online-Dienste in Anspruch nehmen. Mit 20,1 Millionen neu angeschlossenen Breitbandverbindungen bis Oktober 2006 wurde ein neuer Rekord erreicht.

Weitere Informationen unter: http://ec.europa.eu/information_society/europe/i2010/

Deutsche Studenten sind Europameister

Hochschul-Austauschprogramm Erasmus feiert Geburtstag

Deutsche Studenten sind Europameister im Studentenaustausch! Im Jahr 2006 nahmen insgesamt 23852 deutsche Studenten am europäischen Hochschul-Austauschpro-

gramm Erasmus (<http://eu.daad.de/eu/index.html>) teil - so viele wie aus keinem anderen EU-Mitgliedsstaat. Das Programm feiert dieses Jahr übrigens 20. Geburtstag. Mittler-

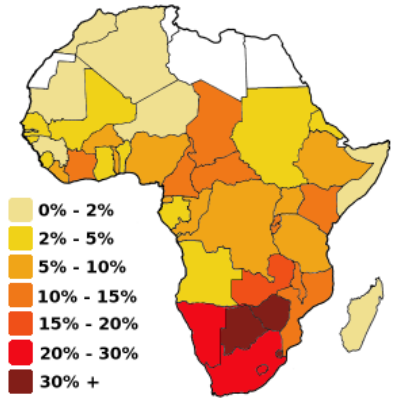
weile beteiligen sich über 2000 Universitäten an dem EU-Programm und haben bislang einer Millionen Austauschstudenten das Studieren an einer ausländischen Uni ermöglicht.

EU kämpft gegen AIDS

Die Pharmaindustrie ist bereit ihre Preise für AIDS-Medikamente in armen Ländern zu senken. Das ist das Ergebnis einer EU-Konferenz zu AIDS Mitte März in Bremen. Regelungen gegen den Reimport von günstigen Medikamenten in finanzkräftige Länder und die Ausweitung der billigen Medikamente auf alle betroffenen Länder stehen im Mittelpunkt dieses Aids-Aktionsplans.

Laut Teilnehmern müssen Regierungen zukünftig besser mit Nichtregierungsorganisationen im Kampf

gegen die Immunschwäche kooperieren, sowie ihre Verantwortung für Prävention und medizinische Infrastruktur deutlicher wahrnehmen. Die Immunschwäche AIDS ist eine der größten Probleme besonders in den Entwicklungsländern. Weltweit sind rund 40 Millionen Menschen infiziert, allein 26 Millionen davon leben laut Schätzungen der Weltgesundheitsorga-



nisation (WHO) in Afrika. Weitere Informationen sind auf der Internetseite der WHO erhältlich unter www.who.int

Einigung über Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE+)

Der deutschen Ratspräsidentschaft ist es gelungen im Vermittlungsausschuss von Europäischem Parlament und Rat eine Einigung über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE+) herbeizuführen. LIFE+ wird zukünftig mit einem Gesamtbudget von 1,894 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2007-2013 ausgestattet sein. Der Kompromiss kommt damit dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission sehr nahe. Rund 78% des Budgets stehen den

Mitgliedstaaten für Projektförderungen selbst zur Verfügung. Die verbleibenden 22% wird die Kommission für die Förderung von Querschnittsaufgaben, wie Folgenabschätzungen und Kommunikationsmaßnahmen, verwenden. Mit LIFE+ werden die bisherigen Programme „Forest Focus“ und URBAN zusammengeführt. Weitere Informationen sind erhältlich unter: <http://ec.europa.eu/environment/life/news/futureoflife.htm>

IMPRESSUM

Michael Gahler

Europäisches Parlament
ASP 10 E 217
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 59 77
Fax: 0032-2-284 99 77
michael.gahler
@europarl.europa.eu

Regionalbüro Süd- und Westhessen
Am Marktplatz 19
D-64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-93 25 94
Fax: 06152-93 25 93